

## **Jahrespressekonferenz von HANDWERK.NRW, 13.1.2023**

### **I. Lage des nordrhein-westfälischen Handwerks**

Das Handwerk steckt in Nordrhein-Westfalen zum Jahresbeginn in einer schwierigen Situation:

- Dramatisch gestiegene Energiepreise belasten viele Betriebe enorm, vor allem in energieintensiven Gewerken wie Bäckern oder Textilreinigern. Dabei muss man sehen, dass viele Betriebe noch laufende Versorgungsverträge haben. Heftige Preissteigerungen werden also auch noch im neuen Jahr noch auf viele Betriebe zukommen.
- Materialengpässe und Lieferkettenprobleme erschweren und verzögern die Auftragserledigung weiterhin massiv. Wenn Kabelstränge oder Chips fehlen, kann der Elektrotechniker nicht arbeiten. Wenn Dachziegel fehlen, kann der Dachdecker nicht anpacken. Am größten sind die Probleme bei Metall und bei Elektronikkomponenten. Die Risiken für Lieferketten, die sich aus der Kehrtwende der chinesischen Coronapolitik ergeben könnten, sind indes noch gar nicht absehbar.
- Bereits vor dem Ukraine-Krieg setzte eine in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie da gewesene Inflation ein. Das führt auch in vielen Märkten des Handwerks zu einer großen Zurückhaltung bei den Kunden. Laut einer ZDH-Umfrage von Anfang Dezember meldet jeder zweite Handwerksbetrieb eine wachsende Kaufzurückhaltung, jeder vierte sogar die Stornierung bereits erteilter Aufträge.
- Besonders kritisch ist die Lage im Bausektor, der etwa die Hälfte der handwerklichen Umsätze und Beschäftigung ausmacht. Hier kommt vieles zusammen: steigende Zinsen, fallende Immobilienpreise, rückläufige Baugenehmigungen, Lieferkettenprobleme, ein hoher Sanierungsdruck zur Erreichung von Klimazielen.
- In nahezu allen Gewerken herrscht ungeachtet dessen ein massiver Fachkräftemangel. Er ist kein vorübergehendes Phänomen, sondern Folge demographischer und bildungspolitischer Fehlentwicklungen, die sich seit langem abgezeichnet haben.

- Das Problem könnte sich noch verschärfen, wenn Kurzarbeit droht. Jeder fünfte Betrieb sah in der ZDH-Umfrage Anfang Dezember diese Gefahr auf sich zukommen. In solchen Situationen kann es dann auch zur Abwanderung von Fachkräften kommen.

Die gekippte Stimmung können wir sehr eindeutig am **Geschäftsklimaindex** aus unseren Konjunkturumfragen ablesen. Von Herbst 2021 mit guten 126 Punkten sank der Index im Frühjahr 2022 auf 117 Punkte und rutschte im Herbst 2022 mit 96 Punkten in den negativen Bereich. Zugegebenermaßen war der Rückgang bei der Herbstumfrage vor allem den negativen Erwartungen und weniger dem Ist-Zustand geschuldet. Aber inzwischen sind diese negativen Erwartungen in der Realität der Betriebe angekommen. Vor allem im Lebensmittelgewerbe ist das knallhart zu spüren. Nur im Ausbaugewerbe blieb das Geschäftsklima klar im positiven Bereich.

Die Daten, die uns aus den ersten drei Quartalen des Jahres 2022 für **Umsatz** und **Beschäftigung** vorliegen, bestätigen das Bild. Bei einer hochdynamischen Inflation, die übers Ganze gerechnet 2022 bei fast 8 Prozent lag, sind nominale Umsatzsteigerungen nicht viel wert. Im ersten Quartal 2022 beruhten diese auf Nachholeffekten im Vergleich zum Höhepunkt der Lockdown-Maßnahmen. Wir rechnen damit, dass das Handwerk 2022 real stagniert hat. Für das neue Jahr ist bei der Umsatzentwicklung keine seriöse Prognose möglich: Die Dynamiken der Inflation, der Baukonjunktur und des Konsumklimas werden am Ende ausschlaggebend sein.

Auch das Bild bei der **Beschäftigung** ist nicht günstig. Zwar wächst insgesamt in der Wirtschaft die Erwerbstätigkeit. Das Handwerk hat davon aber nicht profitieren können. Wir rechnen für 2022 und 2023 mit leichten Rückgängen bei der Beschäftigung, insbesondere im Gesundheitsgewerbe und bei den Handwerken für den privaten Bedarf.

## II. Erwartungen an die Politik für das Jahr 2023

Ich will die Erwartungen auf zwei große Themenbereiche eingrenzen: Standortpolitik und Fachkräftesicherung.

### Standortpolitik

#### a. Energie

Vordringlich ist derzeit, den Wirtschaftsstandort NRW zu sichern. Dazu gehört eine **verlässliche und bezahlbare Energieversorgung**. Der Druck ist hier für NRW besonders groß – als Land mit energieintensiven Wirtschaftsstrukturen und einer langen Abhängigkeit von fossilen Energieträgern. HANDWERK.NRW hat sich dazu durch den Handwerksrat im November 2022 klar positioniert. Dabei kommt es uns auf folgende Punkte an:

Erstens: Wir müssen die **Energieversorgung sichern**, indem wir Abhängigkeiten von unzuverlässigen Staaten reduzieren. Wir müssen dazu alle verfügbaren Energieträger, auch sogenannte Brückentechnologien nutzen. Hierbei dürfen wir das Ziel nicht aus dem Auge verlieren, möglichst stark auf erneuerbare Energien zu setzen. Wir werben für **Technologieoffenheit**. Wir plädieren für eine vorurteilsfreie Diskussion darüber, wie der Energiemix der Zukunft aussehen muss. Wir werden am Ende auf verschiedene Technologien setzen und dabei pragmatisch und verlässlich vorgehen müssen. Sonst gefährden wir den Wirtschaftsstandort NRW, ohne dass etwas fürs Klima gewonnen ist. Wir brauchen dafür eine **Kultur der Innovation und Offenheit für Lösungen**, die heute noch niemand kennt.

Wir müssen dazu Netzinfrastrukturen ausbauen und die **Potentiale dezentraler, erneuerbarer Energie** nutzen. Es ist richtig, dass die Landesregierung mit einem kürzlich vorgelegten Erlass und mit der angekündigten Novellierung der Landesbauordnung regulatorische Hemmnisse abbaut, so z.B. Abstandsregeln für Wärmepumpen oder PV-Anlagen. Wir brauchen auch eine deutliche Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Ausbau erneuerbarer Energien. Insgesamt ist es zielführend, stärker auf verlässliche Rahmenbedingungen zu setzen als auf kurzatmige und manchmal widersprüchliche Förderanreize.

Zweitens: Das **Handwerk** sollte bei der **künftigen Energieversorgungsstrategie eng eingebunden** werden. Dabei geht es um dezentrale Lösungen der Energieerzeugung. Da geht es aber auch um das weite Feld der Energieeffizienz.

Niedrigschwellige Verbraucherberatung, einfache Wartungsmaßnahmen oder komplexere Maßnahmen zur Gebäudesanierung und -modernisierung können einen Beitrag dazu leisten, Energiebedarfe zu reduzieren.

Drittens: Wir müssen den explosionsartigen **Anstieg der Energiekosten** wieder in den Griff kriegen. In der besonderen Situation war es richtig, dass gewerbliche und private Verbraucher bei den Energiekosten entlastet werden. Es ist auch richtig, dass die Landesregierung einen Härtefallfonds schafft, um den Unternehmen zu helfen, die durch den Anstieg der Energiekosten existenzgefährdet sind. Allerdings können Preisbremsen das Problem an sich nicht lösen. Wenn die EU jetzt sogar die Importpreise für Gas deckeln will, kann damit sogar das Problem verschärft werden. Die Preise werden nur nachhaltig sinken, wenn die Versorgungsrisiken eingedämmt werden. Und schließlich gibt es noch viel Spielraum, bei den Steuern und Entgelten, die auf Energie anfallen, weitere Entlastung zu schaffen – bis zum Niveau der europäischen Vorgaben zur Mindestbesteuerung. Das wäre am einfachsten und am gerechtesten.

## **b. Steuern**

Wir brauchen auch jenseits der Energiekosten eine **grundsätzliche Entlastung kleiner und mittlerer Unternehmen und ihrer Beschäftigten**. Die Staatsausgaben steigen immer weiter, mit ihr die Belastung durch Steuern und Abgaben aller Art. Auch die Staatsverschuldung ist nicht umsonst, sondern trägt zur aktuellen Inflation, sprich Geldentwertung, bei. Das ist so nicht nachhaltig. Das Land sollte sich daher im Bund für eine breitenwirksame Reform der Einkommen- und Körperschaftsteuer einsetzen.

NRW kann auch aus eigener Kraft etwas tun. Im Handwerk haben wir große Sorgen, dass die Belastungen durch die **Grundsteuer** und durch die **Gewerbsteuer** künftig stark ansteigen werden. Hier hilft nur eine im Hinblick auf die zugewiesenen Aufgaben auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen, damit diese nicht in ihrer Not an den kommunalen Hebesätzen schrauben.

Wir warten seit Jahren auf eine Reduzierung der **Grunderwerbsteuer**. Hier ist NRW nach wie vor Höchststeuerland in Deutschland. Und gerade jetzt wäre eine Senkung

des Hebesatzes ein gutes Signal zur Stabilisierung der Baukonjunktur und zur Vermögensbildung.

### c. Bürokratievermeidung

Energiekrise und Inflationskrise gefährden den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen massiv. Wir brauchen in den kommenden Jahren eine **angebotsorientierte Wirtschaftspolitik**, die die Rahmenbedingungen für Unternehmertum, Investitionen und Innovation deutlich verbessert.

Neben einer Eindämmung der Belastungen gehört dazu auch, wie bereits angesprochen, eine **Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren** aller Art. NRW braucht mehr Tempo und mehr Freiraum, damit Investitionen am Standort erfolgen und zukunftsträchtige Arbeitsplätze gesichert werden und entstehen können. **Denn Krisenresilienz entsteht nicht durch Beharrung, sondern durch Flexibilität.**

Alle Erfahrungen zeigen, dass **Bürokratievermeidung** sehr systematisch angegangen werden muss und dass wir nur durch Digitalisierung zu echten Verfahrensbeschleunigungen kommen. Dahinter steht die Notwendigkeit, die Staatstätigkeit effizienter und leistungsfähiger zu machen. Das kann zum Beispiel durch den automatischen Datenaustausch zwischen Behörden („Once-Only-Prinzip“) gelingen.

Es gibt aber auch ganz konkrete Punkte, die das Leben einfacher machen könnten. So werben wir nach wie vor dafür, dass auch in NRW eine **Kleine Bauvorlageberechtigung** für Handwerksmeister eingeführt wird. Das würde das Baugeschehen einfacher und preiswerter machen. HANDWERK.NRW hat dazu einen konkreten und ausgewogenen Vorschlag unterbreitet. Er ist vom Freistaat Sachsen im vergangenen Jahr bereits aufgegriffen worden. Im Koalitionsvertrag ist das Vorhaben angekündigt worden. Es spricht also nichts dagegen, dass das jetzt auch zügig umgesetzt wird.

Und es wäre immer noch möglich, sich in NRW auf ein weniger aufwendiges und kostendynamisches Modell bei der **Grundsteuer** zu entscheiden.

#### d. Gewerbeflächen

Zudem müssen wir in ausreichender Zahl geeignete **Gewerbeflächen** bereithalten – trotz der Flächenbedarfe, die jetzt zum Ausbau der Erneuerbaren Energien auf uns zukommen.

Hier ist es ein gutes Signal, dass im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „**Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur**“ endlich die Exportklausel gekippt wurde, der zufolge auf geförderten Flächen nur Betriebe angesiedelt werden dürfen, deren Absatzreichweite jenseits von 50 Kilometern liegt. Es gibt aber nach wie vor Branchenausschlüsse für die Bauwirtschaft, das Kfz-Gewerbe oder das Lebensmittelgewerbe. Damit bleibt Handwerk weiterhin zu großen Teilen von der Förderung ausgeschlossen, und das passt nicht zu den Transformationsanforderungen im Bau- und Mobilitätssektor.

#### Fachkräftesicherung

Zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts braucht es neben einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik ein zweites Standbein: die **Sicherung des Fachkräftebedarfs**. Nur ein Beispiel: Zur Erreichung der Klimaziele im Gebäudesektor bräuchten wir eine Verdreifachung der Kapazitäten, damit wir die Sanierung des Bestandes nicht in 100, sondern in 30 Jahren schaffen. Aber nicht nur im Handwerk fehlen Fachkräfte.

Wir begrüßen sehr, dass die neue Landesregierung die Berufsbildung auf ihre Agenda gesetzt und eine Fachkräfteoffensive gestartet hat. Das gilt insbesondere für die zugesicherte **Drittelfinanzierung** der handwerklichen Bildungsstätten oder die Einführung einer **Meisterprämie** für erfolgreiche Fortbildungsabsolventen. Es ist auch gut, dass die Landesregierung die zwischenzeitlichen Engpässe bei der **Meistergründungsprämie** überwunden hat und dass im neuen Jahr mehr Mittel für dieses erfolgreiche Instrument bereitstehen. Es ist immer noch ein sehr preiswertes und effektives Mittel, um Gründern und Nachfolgern den Start ins Unternehmertum zu erleichtern.

Aber ähnlich wie bei der Transformation des Wirtschaftsstandorts brauchen wir hier einen langen Atem und eine konsequent und konsistent verfolgte Strategie. Folgende Punkte sind dabei wichtig:

## a. Bildung

Erstens: NRW hinkt bei den **Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler** weit hinterher. Wir brauchen also dringend eine Qualitätsoffensive für die Kernkompetenzen Schreiben, Rechnen, Lesen, damit Schulabgänger den Weg in Ausbildung und Arbeitswelt schaffen. Wir brauchen mehr vorsorgende Bildungspolitik und weniger nachsorgende Arbeitsmarktpolitik.

Zweitens: Wir müssen zulegen bei der **Berufsorientierung und Berufsvorbereitung**. Das KAoA-System bietet dafür grundsätzlich einen guten Rahmen. Die Berufsorientierung muss aber an wirklich allen Schulformen ergebnisoffen und praxisnah stattfinden – auch an den Gymnasien.

Drittens: Das **Berufskollegsystem** braucht eine klare Fokussierung auf die duale Ausbildung: mit guter Fachlehrerversorgung, kleinen, wohnortnahen Fachklassen.

Viertens: Wir müssen mit der **Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung** ernst machen. Nicht nur in Sonntagsreden, sondern auch ganz systematisch in rechtlicher Hinsicht. Z. B. im Landesbesoldungsrecht. Wenn Meister und Bachelor gleichwertig sind, müssen sie auch gleichwertig bezahlt werden.

## b. Fachkräfteeinwanderung

Neben Maßnahmen, mit denen wir die inländischen Potentiale besser ausschöpfen, kann auch eine höhere **Zuwanderung** einen wichtigen Beitrag leisten.

Das Handwerk ist grundsätzlich aufgeschlossen dafür, dass wir mehr Menschen in unser Land holen, die leistungsbereit sind. Die Betriebe haben in den letzten Jahren bereits enorme Integrationsleistungen erbracht. Bester Beweis: Syrische und afghanische Staatsangehörigkeiten sind bei der Ausbildung inzwischen sogar stärker vertreten als Auszubildende mit türkischem Pass.

Aber Zuwanderung muss auch in erfolgreiche Integration in Arbeitswelt und Gesellschaft einmünden. Deshalb sollten wir auf folgende Punkte achten:

Wir müssen die **Zuwanderung von Qualifizierten** in den Vordergrund rücken. Angesichts des in nahezu allen Bereichen festzustellenden Fachkräftemangels sollten wir hier eine ökonomisch rationale Zuwanderungspolitik verfolgen.

Wir müssen unkomplizierte Wege finden, Teilqualifikationen oder informell erworbene **Kompetenzen festzustellen.**

Wir müssen **Strukturen in geeigneten Herkunftsländern** entwickeln, mit denen bereits vor Ort grundlegende Qualifikationen vermittelt werden, damit für die Zuwanderung auch eine gute Integrationsperspektive gegeben ist.

Wir müssen von Beginn an auf den Erwerb ausreichender **Deutschkenntnisse** achten. Im Umgang mit Kunden und Kollegen kommt man daran im Handwerk nicht vorbei.

Nach Deutschland sind in den vergangenen Jahren aus ganz unterschiedlichen Gründen viele Menschen gekommen, die dauerhaft oder jedenfalls für längere Zeit hier leben werden. Oft ist es für unsere Betriebe ein erheblicher **Bürokratieaufwand**, im Kontakt mit unterschiedlichen Behörden zu klären, ob und wie verlässlich sich Auszubildende oder Beschäftigte in Deutschland aufhalten und arbeiten dürfen. Es wäre wichtig, dass wir hier insgesamt zu Vereinfachungen kommen - bei den Regeln selbst, aber auch im Zusammenspiel der beteiligten Behörden.